

Christean Wagner und Hermann Gröhe: „CDU steht für Freiheit und Verantwortung“

Der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Hermann Gröhe, besuchte am Dienstag die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag. Dabei beschrieb er die Aufgaben der Politik für die kommenden Monate und Jahre. Dazu gehörten die Überwindung der Wirtschaftskrise, ein Konsolidierungskurs für die Haushalte, die Umsetzung der Schuldenbremse und die Weichenstellungen für die Zukunft. Daran gelte es hart zu arbeiten, so Gröhe. Der Fraktionsvorsitzende Dr. Christean Wagner betonte: „Wir als CDU haben den Mut zur Verantwortung in schwierigen Zeiten. Wir widersprechen ausdrücklich Sozialdemagogen, die auf eine Spaltung der Gesellschaft setzten und unsere Enkelgeneration ausbeuten. Mit den notwendigen Einsparungen und dem Einsatz jeder Bürgerin und jedes Bürgers für das Gemeinwohl unseres Landes werden wir die Herausforderungen meistern.“

Auch die Frage nach der Zukunft der CDU als Volkspartei war ein Thema des Gespräches mit den hessischen CDU-Landtagsabgeordneten. „Für die Union ist das eine Schicksalsfrage. Wir sind nicht nur Volkspartei, sondern leben



vom Engagement unserer Mitglieder, die den Kern unserer Stammwähler bilden. Wir müssen jedoch auch feststellen, dass die Parteienbindung der Menschen in Deutschland abgenommen hat. Deshalb müssen wir einerseits unsere treuen Anhänger mobilisieren und andererseits um neue Zustimmung werben“, so Gröhe. „Wir brauchen beide – Stammwähler und Wechselwähler, um weiterhin Volkspartei sein zu können“, waren sich Wagner und Gröhe einig.

stimmten das Koordinatensystem der Union“, so Gröhe. Die Identität der CDU ruhe seit den Gründungstagen der Partei in Wertvorstellungen, die im christlichen Glauben wurzeln. Gerade angesichts der Folgen von Säkularisierung und staatlich betriebener „Ent-Christlichung“ in der früheren DDR bekenne sich die CDU zu diesem Wertefundament nachdrücklich.



Der Generalsekretär erklärte, die CDU setze auf ein klares Profil, auch in einer Koalition. Das gelte für Berlin und Wiesbaden. „Tradition und Moderne be-

Direktwahlen

Am Sonntag wird in **Usingen** ein neuer Bürgermeister gewählt. CDU HESSEN Aktuell wünscht **Steffen Wernard** viel Erfolg!



Präventionsprogramm gegen Gewalt und Alkoholmissbrauch

Hessens Innenminister Volker Bouffier und Wiesbadens Ordnungsdezernentin Birgit Zeimetz haben das Präventionsprogramm ‚Gelbe Karte‘ in Wiesbaden gestartet. „Wer in Wiesbaden randaliert, wegen Gewalttaten oder Alkoholkonsums auffällt, muss zukünftig damit rechnen, dass er nicht nur eine Anzeige erhält, sondern ihm droht auch der Entzug oder die verzögerte Ausstellung des Führerscheins“, sagten Innenminister Volker Bouffier und Ordnungsdezernentin Birgit Zeimetz bei der Vorstellung des ersten Pilotprojektes ‚Gelbe Karte‘ in Hessen. Das Projekt ist ein Baustein der Präventionsoffensive des Landes Hessen gegen Gewalt und Alkoholmissbrauch und zielt vornehmlich auf Jugendliche oder junge Erwachsene. „Es

freut mich, dass wir gemeinsam mit der Stadt Wiesbaden diesen Schritt gehen und das Pilotprojekt in Hessen auf den Weg bringen“, hob der Minister hervor. Die ‚Gelbe Karte‘ stellt, ähnlich wie im Fußball, zunächst eine Verwarnung dar und wird an Personen vergeben, die ein Gewaltdelikt oder eine alkoholbedingte Straftat begangen haben. Gleichzeitig mit der Anzeige und den Ermittlungen schickt die Polizei eine Mitteilung an die zuständige Fahrerlaubnisbehörde. „Wenn Zweifel an der Geeignetheit zum Führen eines Kraftfahrzeugs bestehen, erhält der Betroffene zunächst eine Warnung in Form eines Anschreibens ‚Gelbe Karte‘“, erklärte Bouffier. „Das Schreiben weist darauf hin, dass bei einer wiederholten Begehung

von Straftaten eine medizinisch-psychologische Untersuchung angeordnet werden kann, die – je nach Ausgang – zum Verlust des Führerscheins führt“, so der Minister weiter. Ein besonderer Schwerpunkt des Projekts liegt auf den Jugendlichen. „Die Wegnahme des Führerscheins bedeutet gerade für diese Altersstufe einen großen Imageverlust und



beraubt sie eines Teils ihrer Mobilität“, erklärte Bouffier. Es besteht aber auch die Möglichkeit, bereits vor der Ausstellung des Führerscheins zu prüfen, ob die Person geeignet ist, ein Fahrzeug zu führen. „Die Erfahrungen anderer Städte und Gemeinden in Deutschland haben gezeigt, dass die ‚Gelbe Karte‘ ein sinnvolles und wirksames Instrument sein kann, um jugendlichen Straftätern zu zeigen, dass ihr Fehlverhalten empfindliche Konsequenzen nach sich zieht“, sagte Volker Bouffier. Mit dem neuen Schwerpunkt ‚Gelbe Karte‘ wird das breite Spektrum an Programmen zur Präventionsarbeit in Hessen ergänzt. Innenminister Volker Bouffier verwies in dem Zusammenhang auf eine Reihe von bereits bestehenden Projekten wie die „Prävention im Team“ (PIT), „Besonders Auffällige Straftäter Unter 21“ (BASU) oder das Projekt „Hart am Limit“ (HaLT).



Klage gegen Autobahnbau der A 44 zurückgewiesen

Das Bundesverwaltungsgericht hat gestern die Klage des BUND gegen einen Bauabschnitt der A 44 zwischen Hessisch Lichtenau-Ost und Hasselbach zurückgewiesen. Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Ulrich Caspar, zeigte sich hierüber erfreut, denn „von der heutigen Entscheidung profitieren die Arbeitnehmer und die regionale Wirtschaft in Nordhessen. Der Naturschutz ist bei den Autobahnplanern in besten Händen. Die Gerichtsentscheidung ist ein Sieg der Vernunft über eine Ideologie, die den Menschen schadet“, so Caspar. Dazu kommt, dass

Planungen für weitere Autobahnabschnitte kurz vor dem Abschluss stehen: die Abschnitte zwischen Waldkappel/Ost und Hoheneiche sowie von Hoheneiche bis zur Anschlussstelle Sontra/Nord. Dies ist laut Caspar wichtig für die Verbindung zwischen den wichtigen Wirtschaftsräumen Nordhessen und Thüringen. Nach Meinung des verkehrspolitischen Sprechers der CDU-Fraktion „werden hier jedoch Belange des Naturschutzes aus ideologischen Gründen vorgeschoben, um ein Projekt zu verhindern, das Arbeitsplätze langfristig sichern und neue schaffen wird.“ Das Gericht machte zudem



deutlich, dass das Projekt ein naturschutzfreundliches Konzept beinhaltet. Caspars weitere Forderung ist die Aufhebung des Widerstandes der BUND gegen die Interessen der Arbeitnehmer in der Region, „damit schnell eine leistungsfähige Bundesfernstraße entstehen kann.“